

GUTE ARBEIT - MEHR UND FAIR!

Gegen Massenarbeitslosigkeit, Lohndumping und prekäre Beschäftigung setzen wir eine Politik für gute Arbeit: faire Löhne, zukunftsfähige und sinnvolle neue Arbeitsplätze und eine echte Förderung von Arbeitslosen.

In Deutschland fehlen 5 Millionen Jobs, mehr als 6,5 Millionen Beschäftigte müssen für Billiglöhne arbeiten, und die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander. Die Krise ist noch lange nicht überwunden. Kurzarbeit hat zwar bisher geholfen Arbeitsplätze zu erhalten, aber die Verlängerung dieser Maßnahmen allein reicht nicht, um den deutschen Arbeitsmarkt fit für die Zukunft zu machen und für gute Arbeit zu sorgen.

Schwarz-Gelb verschärft die Probleme

Die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung löst diese Probleme nicht. Im Gegenteil: Schwarz-Gelb verhindert den flächendeckenden Mindestlohn. Damit bleibt Lohndumping auf der Tagesordnung.

- Schwarz-Gelb ist gegen eine stärkere Regulierung der Zeitarbeit. Deshalb können Unternehmen wie beispielsweise Schlecker auch weiterhin Stammarbeitsplätze durch billige Leiharbeit ersetzen.
- Schwarz-Gelb will die Bedingungen für befristete Beschäftigung erleichtern. So wird der Einstieg in einen unbefristeten Job immer schwieriger.
- Schwarz-Gelb wird die Arbeitslosenversicherung für Selbstständige um ein Vielfaches verteuern. Diesen Schutz werden sich dann viele Solo-Selbständige nicht mehr leisten können.
- Schwarz-Gelb will die Steuern für Besserverdienende senken und arbeitet an der Einführung der un-solidarischen Kopfpauschale zur Finanzierung des Gesundheitssystems.
- Schwarz-Gelb heißt: Wer hat, dem wird gegeben. Die Zeche dafür zahlen Geringverdiener und Arbeitslose!

Grüne Forderungen für Gute Arbeit

Grüne Politik setzt dagegen auf neue zukunftsfähige Arbeitsplätze zu fairen Bedingungen, die Entlastung geringer Einkommen, mehr Aus- und Weiterbildung gegen den Fachkräftemangel und steht ein für mehr Rechte und Unterstützung von Arbeitssuchenden.

Wir fordern:

- Investitionen in neue Arbeitsplätze in den Zukunftsfeldern Umwelt, Betreuung, Bildung, Gesundheit und Pflege.
- Einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro für alle Beschäftigten.
- Eine Entlastung kleiner Einkommen durch Senkung der Sozialabgaben auf Einkommen von weniger als 2.000 Euro im Monat nach dem grünen Progressiv-Modell.
- In der Zeitarbeit gleichen Lohn für gleiche Arbeit, eine „Risikoprämie“ für Zeitarbeiter und einen Mindestlohn für die verleihfreien Zeiten.
- Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen u.a. durch zusätzliche und überbetriebliche Lehrstellen und bessere Weiterbildungsmöglichkeiten bei Beschäftigung, während der Kurzarbeit und bei Arbeitslosigkeit.
- Mehr Sicherheit für Solo-Selbständige und andere atypisch Arbeitende, damit Mut und Flexibilität belohnt und nicht bestraft wird.
- Einen Sozialen Arbeitsmarkt, damit Langzeitarbeitslose auf freiwilliger Basis und gerecht entlohnt eine sinnstiftende Beschäftigung finden.
- Eine Anhebung der ALG-II-Regelsätze auf 420 Euro und mehr Rechte für Arbeitssuchende, ein kompetentes Fallmanagement und keine Sanktionen, bis es eine echte Balance zwischen Fördern und Fordern gibt.

GUTE ARBEIT - MEHR UND FAIR!

Gegen Massenarbeitslosigkeit, Lohndumping und prekäre Beschäftigung setzen wir eine Politik für gute Arbeit: faire Löhne, zukunftsfähige und sinnvolle neue Arbeitsplätze und eine echte Förderung von Arbeitslosen.

In Deutschland fehlen 5 Millionen Jobs, mehr als 6,5 Millionen Beschäftigte müssen für Billiglöhne arbeiten, und die Schere zwischen Arm und Reich klappt immer weiter auseinander. Die Krise ist noch lange nicht überwunden. Kurzarbeit hat zwar bisher geholfen Arbeitsplätze zu erhalten, aber die Verlängerung dieser Maßnahmen allein reicht nicht, um den deutschen Arbeitsmarkt fit für die Zukunft zu machen und für gute Arbeit zu sorgen.

Schwarz-Gelb verschärft die Probleme

Die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung löst diese Probleme nicht. Im Gegenteil: Schwarz-Gelb verhindert den flächendeckenden Mindestlohn. Damit bleibt Lohndumping auf der Tagesordnung.

- Schwarz-Gelb ist gegen eine stärkere Regulierung der Zeitarbeit. Deshalb können Unternehmen wie beispielsweise Schlecker auch weiterhin Stammarbeitsplätze durch billige Leiharbeit ersetzen.
- Schwarz-Gelb will die Bedingungen für befristete Beschäftigung erleichtern. So wird der Einstieg in einen unbefristeten Job immer schwieriger.
- Schwarz-Gelb wird die Arbeitslosenversicherung für Selbstständige um ein Vielfaches verteuern. Diesen Schutz werden sich dann viele Solo-Selbständige nicht mehr leisten können.
- Schwarz-Gelb will die Steuern für Besserverdienende senken und arbeitet an der Einführung der un-solidarischen Kopfpauschale zur Finanzierung des Gesundheitssystems.
- Schwarz-Gelb heißt: Wer hat, dem wird gegeben. Die Zeche dafür zahlen Geringverdiener und Arbeitslose!

Grüne Forderungen für Gute Arbeit

Grüne Politik setzt dagegen auf neue zukunftsfähige Arbeitsplätze zu fairen Bedingungen, die Entlastung geringer Einkommen, mehr Aus- und Weiterbildung gegen den Fachkräftemangel und steht ein für mehr Rechte und Unterstützung von Arbeitssuchenden.

Wir fordern:

- Investitionen in neue Arbeitsplätze in den Zukunftsfeldern Umwelt, Betreuung, Bildung, Gesundheit und Pflege.
- Einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro für alle Beschäftigten.
- Eine Entlastung kleiner Einkommen durch Senkung der Sozialabgaben auf Einkommen von weniger als 2.000 Euro im Monat nach dem grünen Progressiv-Modell.
- In der Zeitarbeit gleichen Lohn für gleiche Arbeit, eine „Risikoprämie“ für Zeitarbeiter und einen Mindestlohn für die verleihfreien Zeiten.
- Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen u.a. durch zusätzliche und überbetriebliche Lehrstellen und bessere Weiterbildungsmöglichkeiten bei Beschäftigung, während der Kurzarbeit und bei Arbeitslosigkeit.
- Mehr Sicherheit für Solo-Selbständige und andere atypisch Arbeitende, damit Mut und Flexibilität belohnt und nicht bestraft wird.
- Einen Sozialen Arbeitsmarkt, damit Langzeitarbeitslose auf freiwilliger Basis und gerecht entlohnt eine sinnstiftende Beschäftigung finden.
- Eine Anhebung der ALG-II-Regelsätze auf 420 Euro und mehr Rechte für Arbeitssuchende, ein kompetentes Fallmanagement und keine Sanktionen, bis es eine echte Balance zwischen Fördern und Fordern gibt.